aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

Ausgabe 1 | September 2019 | Normalpreis: 1 € | Solipreis: 2€

rso – revolutionär sozialistische organisation

G7-Treffen: Dinnerparty und dreckige Geschäfte

In Südfrankreich, im schönen Badeort Biarritz, trafen sich letztens die Staatschefs der großen Industrienationen. Um unter sich zu bleiben und in Ruhe ihre Geschäfte zu machen, ließen sie die Stadt in eine Festung verwandeln. Demonstrationen hatten keine Chance. Bei den jährlichen G7-Gipfeln treffen sich die größten Heuchler und politisch Verantwortlichen für Kriege, soziale Ungleichheit und Umweltzerstörung um genau darüber zu reden. Im Vorfeld hieß es, die großen Industrienationen seien zerstritten wie lange nicht mehr. Die vielen Küsschen und das Händeschütteln waren aber nicht nur Etikette. Tatsächlich sind die Übereinstimmungen groß. *„Wir haben sehr gute Treffen, die Chefs kommen sehr gut miteinander aus“*, plauderte Trump, und schleimte schließlich bei Merkel, sie sei *„eine brilliante Frau“*. Ja, zeig mir deine Freunde, und ich sag dir wer du bist…

Kriegstreiber und Profiteure der sozialen Ungleichheit…

Da sitzen also die Chefs der reichsten Länder der Welt – USA, Deutschland, Frankreich, Japan, Kanada, Italien und Großbritannien – an einem Tisch und plaudern über „soziale Ungleichheit“. Ja, die Ungleichheit ist enorm. Aber in Biarritz trafen sich ausgerechnet die politisch Verantwortlichen. Sie, in deren Ländern Ungleichheit und relative Armut hoch sind, wo man selbst mit einem durchschnittlichen Gehalt Angst vor der Rente hat! In Deutschland konnten die Milliardäre letztes Jahr ihr Vermögen um 20 % steigern und das reichste 1 % verfügt inzwischen über soviel Vermögen, wie die anderen 87 %. In Frankreich erinnert die Bewegung der „Gelben Westen“ seit Monaten an die Probleme der Arbeiterklasse.

Und beim Geplauder zu den Kriegen und Kriegsgefahren saßen Leute zusammen, deren Armeen überall in der Welt ein Pulverfass nach dem anderen zur Explosion bringen. In Irak und Afghanistan sind es die Großmächte, die Kriege ums Öl führ(t)en. Und im Streit mit dem Iran wird regelmäßig mit dem Feuer gespielt, auch wenn die EU versucht zu vermitteln, da sie handfeste Wirtschaftsinteressen mit dem Iran verbinden. Die Sanktionen, die die Bevölkerung im Iran hart trifft, setzen sie trotzdem um. Ausgerechnet die Vertreter der

größten Waffenexporteure der Welt reden von Frieden!

…vergießen Krokodilstränen über den Regenwald

Selbst beim Thema Klima nichts als Heuchelei, die wütend macht. Angesichts der erschreckenden Bilder vom brennenden Amazonas sind alle G7-Staatshäupter mehr oder weniger gezwungen, was zur Umweltzerstörung zu sagen. Also lesen sie dem brasilianischen Präsidenten Bolsonaro die Leviten. Das ist aber billig, dabei sind die G7 selbst die größten Dreckschleudern der Welt. Und wenn es um Wirtschaftsinteressen geht, hört bei Merkel und Co. die Liebe

INHALT DIESER AUSGABE:

- CO_2-Steuer: Die Illusion eines „grünen Kapitalismus“
- Arbeitsbedingungen und Ausverkauf bei Osram & Gillette
- Die Pflege wehrt sich in Düsseldorf & Wien
- Korruption in Österreich
- Buchrezension Sibylle Berg: Brainfuck

zum Klima ohnehin auf. Die EU, deren Hauptkräfte Deutschland und Frankreich sind, haben gerade mit mehreren südamerikanischen Ländern, darunter auch Brasilien, ein Freihandelsabkommen geschlossen.

Ein guter Deal auch für die exportorientierte deutsche Industrie. Dort spielt die Musik. Wenn der Amazonas abgeholzt wird und brennt, weil Bergbau und Agrarindustrie sich viel Kohle versprechen, dann wählen Politiker*innen wie Merkel sehr sorgfältig ihre Worte. Keine Krähe hackt der anderen ein Auge aus.

Beim Welthandel gibt es zwar Ärger. Denn jeder vertritt die Interessen der von ihnen repräsentierten Wirtschaftskreise und die liegen im Clinch miteinander. Ob der Streit um Handelsbeschränkungen und Freihandelsabkommen sich sogar zu handfesten Konflikten auswächst, ist eine offene Frage. Derweil pokern und drohen allerdings alle G7-Mächte… jeder auf seine Weise. Merkel und Macron mit etwas gewählteren Worten, Trump und Johnson polternd. Aber immer geht es um rein kapitalistische Interessen. Da gibt es dann wieder Übereinstimmung.

Die Bande zieht weiter, die Probleme bleiben

Die Bilanz des Gipfels: viel Blabla, 36,4 Millionen rausgeschmissene Euro, jede Menge Polizei und Repressalien gegen Demonstranten… Der Kampf gegen die riesigen sozialen Probleme, die Umweltzerstörung und Kriege stand dort an den weißen Tischchen ohnehin nicht auf der Tagesordnung. Dieser Kampf kann und wird auf der Straße und in den Betrieben von den Bevölkerungen, vor allem den Arbeitenden, gemeinsam und solidarisch gewonnen werden. Und diese Realität wird die Regierungschefs außerhalb ihrer Festungen schnell wieder einholen.

POLITIK

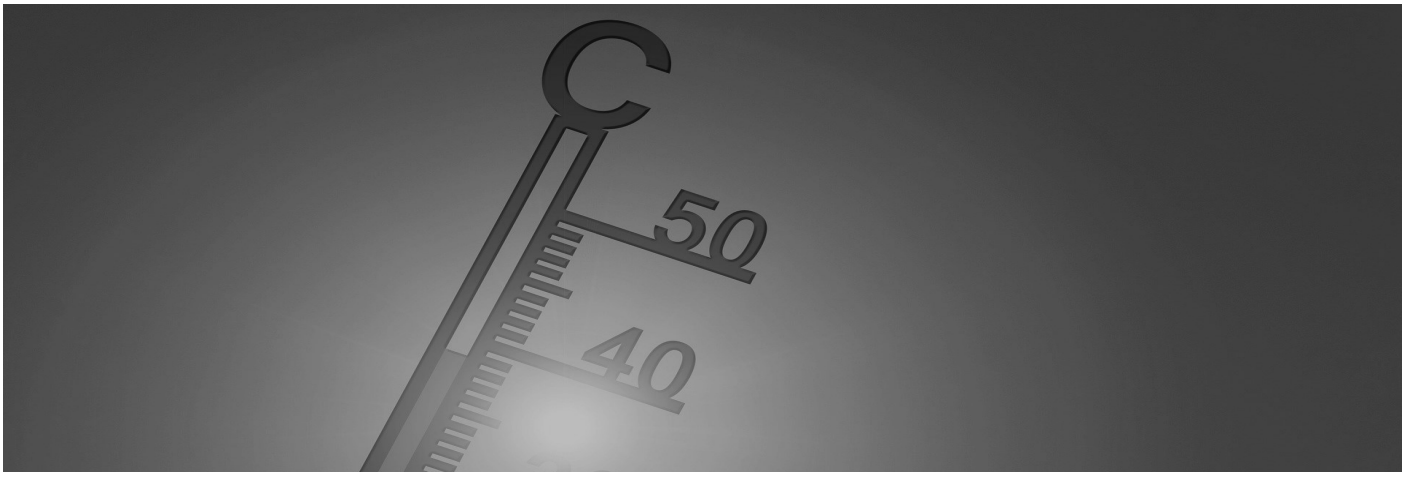
CO_2-Steuer: Die Illusion eines „grünen Kapitalismus“

Seit unter dem Motto „Fridays for Future“ (FFF) regelmäßig vor allem Jugendliche freitags auf die Straße gehen und mehr Klimaschutz fordern, haben alle Parteien das Thema für sich entdeckt. Am 20. September will die Bundesregierung ihre Vorschläge zur Senkung von Treibhausgasen (THG) präsentieren. So gut wie sicher ist, dass das Ausstoßen von Kohlendioxid (CO_2), neben Methan einem Hauptverursacher der Erderwärmung, teurer werden soll, ob in Form einer CO_2-Steuer oder einer Ausweitung des CO_2-Emissionshandels ist innerhalb von CDU und SPD noch umstritten. Aber jenseits der Details wird so getan, als ob die CO_2-Bepreisung die endlich entdeckte Wunderwaffe gegen die Klimaerwärmung sei. WirtschaftslobbyistInnen und die von der Bundesregierung bestellten „Wirtschaftsweisen“ sind genauso dafür wie die Grünen und viele Umweltverbände.

Auch die FFF-Bewegung fordert offiziell eine CO_2-Steuer von 180 € pro Tonne CO_2. Und nun hat Mitte August eine Gruppe von „Scientists for Future“ ein ausführliches Papier vorgelegt, in dem diese Forderung begründet wird. Wir von der RSO beteiligen uns an FFF, da dringend auf der Straße Druck gemacht werden muss gegen die allgegenwärtige Umweltzerstörung im Namen des Profits. Aber kann ein Preisschild auf CO_2 diese kapitalistische Marktwirtschaft plötzlich umweltfreundlich werden lassen und damit wirklich das Klima retten?

Wie argumentieren die BefürworterInnen einer CO_2-Steuer?

Die Argumentation ist recht einfach: CO_2 in die Luft zu pusten ist heute für die Industrie wie VerbraucherInnen praktisch kostenlos, auch wenn es großen Schaden anrichtet. Wenn es aber teuer wäre, würden „die Leute“ endlich drauf achten und weniger CO_2 verursachen. Die VerbraucherInnen würden ihr Konsumverhalten umstellen auf weniger CO_2-intensive Produkte, die dann ja im Vergleich günstiger wären. Und die Industrie hätte einen Anreiz, Produktionsverfahren so zu optimieren, dass für ein gegebenes Produkt möglichst wenig CO_2 anfällt, da sie damit Kosten einsparen können – was im Wettbewerb mit der Konkurrenz ja ständiges Ziel ist. Doch wie viel bringt das tatsächlich fürs Klima, wie viel CO_2 wird durch eine Steuer eingespart? Es gibt keinen Automatismus, der bei einem bestimmten Preis für CO_2 eine bestimmte Einsparung erzielt. Auf Seiten der Industrie bleibt es den Konzernen überlassen, ob sie umweltfreundlichere Alternativen suchen, um Kosten zu sparen, oder ob sie zum Beispiel lieber in Wer-



bekampagnen finanzieren, um ihre herkömmlichen, umweltschädlichen und dann etwas teureren Produkte trotzdem los zu werden. Sie werden – wie bisher auch – rechnen und ihre Entscheidung fällt nicht nach Umweltgesichtspunkten, sondern nach ihren Profitinteressen. Und auch mit einer CO_2-Bepreisung wird es immer darum gehen, mehr Waren verkaufen zu müssen und damit Ressourcen für den Profit und nicht den Bedarf zu verbrauchen. Auf Seite von uns VerbraucherInnen stellt sich die Frage, ob wir überhaupt auf CO_2-freundliche Produkte umsteigen können. Wenn – wie auf dem Land oder auch in vielen Klein- und Mittelstädten – der ÖPNV schlecht ausgebaut ist, man aber (z.B. wegen hoher Mieten) einen weiten Arbeitsweg hat, kann man oft nicht auf's Auto verzichten. Viele Arbeitende kennen das Problem. Ein höherer Benzinpreis sorgt dann für weniger Geld im Portemonnaie, nicht aber für weniger CO_2 in der Luft.

Am anderen Ende der Gesellschaft stehen die Reichen und Superreichen, die sich in ihrem Konsum nicht davon aufhalten lassen werden, dass einiges ein bisschen teurer wird. Wer heute schon im dicken SUV oder teuren Sportwagen die Luft verpestet, obwohl er*sie mit einem Kleinwagen ganz viel Geld sparen könnte, wird sein Verhalten nicht ändern, nur weil der Liter Sprit statt 1,50 € dann 2 € kostet.

Dabei sind die reichen Oberschichten überproportional am CO_2-Ausstoß beteiligt: Laut einer Oxfam-Studie sind die reichsten 10 % der Bevölkerung in Deutschland für 25 % der THG verantwortlich. Und global verursachen die reichsten 10 % sogar 49 % des menschengemachten Klimawandels. Gerade die Reichen können aber einen CO_2-Preisaufschlag aus der Portokasse bezahlen, nach dem Motto: „Umweltsünden muss man sich halt leisten können!“ Schon heute sind genug CO_2-Dreckschleudern beliebte Statussymbole.

Das schwedische Beispiel

Es gibt daher gute Gründe skeptisch zu sein, wie viel eine CO_2-Steuer für das Klima bringt. Nun gibt es aber auch schon konkrete Erfahrungen, die regelmäßig ins Feld geführt werden. Vor allem Schweden wird von den BefürworterInnen einer Steuer als Musterland vorgestellt. Schweden hat seit 1991 eine CO_2-Steuer, die mittlerweile rund 140 € pro Tonne beträgt (allerdings auch mit vielen Ausnahmen). Das „Scientist for Future“-Papier zitiert zwei Studien, um die Wirksamkeit einer CO_2-Steuer zu belegen. Beide Studien befassen sich mit Schweden. Die aktuellere der beiden behauptet, im schwedischen Verkehrssektor soll es durch die Steuer eine Verringerung der Emissionen um 11 % gegeben haben. Aber Schweden hat viele andere relativ klimafreundliche Maßnahmen ergriffen und es ist kaum möglich, die Auswirkung der Steuer alleine seriös abzuschätzen.

Die etwas ältere OECD-Studie von 2011 kommt zu dem Schluss, dass im Zeitraum 1991-2010, in dem die schwedische CO_2-Steuer in ihrer Höhe vervierfacht wurde, sie insgesamt zu CO_2-Einsparungen von nur 0,2-3,5 % geführt hat. Vielleicht besser als gar nichts, aber wirklich nicht der große Wurf, den wir dringend brauchen, um den Klimawandel aufzuhalten!

Wer wird bezahlen?

Wenn THG-Verminderung durch höhere Preise erfolgen soll, dann trifft das wie jede andere Verbrauchssteuer – beispielsweise die Mehrwertsteuer – überproportional diejenigen mit niedrigen Einkommen. Weil sich der französische Präsident Macron

« ...global verursachen die reichsten 10% sogar 49% des menschengemachten Klimawandels. »

mit seiner Spritsteuererhöhung – Auslöserin der „Gelbwestenbewegung“ – eine so gelb-blutige Nase geholt hat, erklären nun hierzulande alle PolitikerInnen, dass die Steuerpläne „sozial gerecht“ ausgestaltet werden sollen. Ein prominentes Beispiel: Die Einnahmen der Steuer könnten als „Klimaprämie“ wieder an die Bevölkerung ausgeschüttet werden. Das würde bei einem Preis von 40 € pro Tonne (in dieser Höhe bewegt sich, was aktuell von den GutachterInnen der Regierung diskutiert wird) und dem derzeitigen Gesamt CO_2-Ausstoß für jeden Menschen in Deutschland pro Jahr 400 € ergeben.

Bei 180 € pro Tonne entsprechend mehr. In diesem Fall würde also kein Geld an den Staat fließen, sondern nur umverteilt – von denen mit höherem CO_2-Verbrauch zu denen mit niedrigerem. Doch wenn die PolitikerInnen (die momentan alle im Wahlkampfmodus sind) von der Klimaprämie sprechen, dann sind eher nur bescheidene 100 € im Gespräch. Erfahrungsgemäß sollen von dem eingenommenen Geld ja auch noch Subventionsgelder für die Industrie übrig bleiben. Theoretisch könnte jemand, der ressourcenschonend lebt, am Ende des Jahres mehr in der Tasche haben. Doch schon ahnt man, dass zum Beispiel für Hartz-IV-EmpfängerInnen die Jobcenter die Klimaprämie – wie andere Einnahmen – von der Stütze abziehen könnten. Wenn man sich anschaut, wie die verschiedenen Regierungen der letzten Jahrzehnte ihre „Reformen“ stets auf Kosten der breiten Bevölkerungsmehrheit durchgeführt haben, kann man sicher sein, dass auch eine CO_2-Steuer kaum „sozial gerecht“ ausfallen wird. Allen grundsätzlichen Ideen zum Trotz, die bei FFF oder den „Scientists for Future“ diskutiert werden.

Und fast sicher ist, dass die wirklichen Verursacher der Klimazerstörung, die energieintensiven Konzerne und die Industrie nicht oder kaum zur Kasse gebeten werden. Im Gegenteil – für sie wird es großzügige „Ausnahmen“ geben, um ihre „Wettbewerbsfähigkeit“ nicht zu gefährden. Das kennt man schon von der EEG-Umlage, die nach dem „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ die Strompreise verteuert hat. Dass der Strompreis für die Einzelkunden so deutlich nach oben gegangen ist, liegt daran, dass „energieintensive“ Bereiche der Industrie davon ausgenommen wurden. Für die Hälfte des industriellen Stromverbrauchs wurde keine EEG-Umlage fällig. Damit wurden jährlich bis zu 4,8 Mrd. € den Großkonzernen erlassen.

Die Regierung hat offenbar vor, bei der neuen CO_2-Bepreisung genauso zu verfahren. Anders als viele Absichtserklärungen es erscheinen lassen, soll der CO_2-Ausstoß nicht an der Quelle der Verschmutzung „bepreist“ werden, das wäre nämlich bei der Stromerzeugung und der Produktion, sondern ganz am anderen Ende, bei den VerbraucherInnen. In einem der vom Umweltministerium in Auftrag gegebenen Gutachten, das die Preisentwicklung und dadurch hervorgerufene CO_2-Ausstoß-Senkungen beurteilt, heißt es explizit: „Für den Energieverbrauch bzw. Energieträgereinsatz *in der Industrie wurden keine Einsparungen angenommen. Da die Ausnahmen fortbestehen sollen* (…) wird also vereinfachend kein von CO_2-Aufschlägen ausgehender Preisimpuls angenommen.“

Mit solchen Regelungen werden die größten VerschmutzerInnen außen vor gelassen und weiter belohnt. Nur ein Beispiel: BASF. Allein das BASF-Werk Ludwigshafen benötigt pro Jahr 6 Terawattstunden (TWh) Strom, was gut ein Prozent des gesamten deutschen Stromverbrauchs ist und dem gesamten Bedarf Dänemarks entspricht. Die BASF-Kraftwerke in Ludwigshafen laufen allein mit fossilen Energieträgern. Dabei gehört BASF auch zu dem weltweit zweitgrößte Konzern, der aus Erdöl Plastik herstellt und für die extrem umweltschädliche Plastikproduktion Lobbyarbeit leistet.

Der Klimawandel und der ständig weiter steigende CO_2-Ausstoß sind ein Paradebeispiel für das Zitat von Albert Einstein: „Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“ Die auf private Einzelinteressen ausgelegte Marktwirtschaft, auf der der Kapitalismus beruht, ist nicht nur für die ständig wachsende weltweite Ungleichheit und für Armut und Elend verantwortlich, sondern auch für die rücksichtslose Aus-

beutung unseres Planeten. Der Markt ist grundsätzlich blind für kollektive Bedürfnisse und für jede nicht zahlungskräftige Nachfrage. Ein Preis für CO_2 dreht an einer kleinen Stellschraube, verändert aber nicht das Grundprinzip. Und das verlangt, dass jedes Unternehmen auf größtmöglichen Gewinn, damit auf Umsatzsteigerungen aus ist, was bedeutet möglichst viel zu produzieren und abzusetzen. Koste es – für die Arbeitenden, für die Natur und die Allgemeinheit – was es wolle.

Wenn die „Scientists for Future" in ihrer Stellungnahme schreiben: „[CO_2-]Reduktionen über den Preis zu erreichen, statt über direkte Regulierung, also anstatt per Ordnungsrecht bestimmte Produktionsweisen, wie etwa Kohlekraftwerke oder den Verbrennungsmotor, zu verbieten, ist effizienter", dann gehen sie der allgegenwärtigen Propaganda auf den Leim und tragen zu ihrer Verbreitung bei, nach der „der Markt" in der Lage ist, für wirtschaftliche Effizienz zu sorgen. Die Marktwirtschaft ist in der Tat hocheffizient, wenn es darum geht, die Einzelinteressen der den Markt dominierenden Großkapitale umzusetzen. Aber das hat nichts mit der Effizienz für die Interessen der Gesamtgesellschaft zu tun. Solcherart „wissenschaftliche" Argumente beruhen darauf, dass sie nicht einen Millimeter über die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft hinausdenken. Und solange man dem Kapital, also den privaten Großkonzernen und ihren ManagerInnen und AktionärInnen die Verfügungsgewalt über wirtschaftliche Entscheidungen lässt, kann man tatsächlich nur versuchen mittels „Marktanreizen" gegenzusteuern. Aber damit lässt man die Welt und die Menschheit vor die Hunde gehen.

Wir brauchen Lösungen jenseits des Marktes

Da wird dann schädlichem Verhalten (CO_2-Ausstoß) ein Preis aufgeklebt, statt dafür zu sorgen, dass es nicht mehr vorkommt. Ein bisschen so, als würde man annehmen, man müsse nur hohe Bußgelder verhängen um allgemein Kriminalität zu verhindern. Die 180 € pro Tonne, die FFF fordert, entsprechen übrigens den – im Übrigen höchst unsicheren – Schätzungen des Bundesumweltamtes, welche Folgekosten die durch CO_2 angerichteten Umweltschäden haben werden. Doch der Schaden entsteht trotzdem. Man kann sich einfach freikaufen. Und wenn die Einnahmen über eine Klimaprämie an die Bevölkerung zurückgezahlt werden – oder noch schlimmer, wenn das Geld für Subventionen an angeblich umweltfreundlichere Konzerne benutzt wird -– steht es auch nicht mehr dafür zur Verfügung, die Folgekosten tatsächlich zu tragen. Sie werden dann den kommenden Generationen trotzdem aufgehalst.

Dabei gibt es schon heute genug Alternativen zum klimaschädlichen CO_2, sie müssten nur umgesetzt werden. Viele WissenschaftlerInnen haben Pläne gemacht, wie die Welt CO_2-neutral gestaltet werden könnte. Aber dafür müssten die Bedürfnisse von Mensch und Natur ins Zentrum einer neuen Wirtschaftweise gestellt werden – eine Wirtschaft, die von uns allen bewusst geplant wird, um ressourceneffizient unser Leben selbst in die Hand zu nehmen, den CO_2-Verbrauch gezielt zu steuern und schnellstmöglich zu beenden. Das geht nur gegen die Privatinteressen der kapitalistischen Konzerne, durch eine demokratisch geplante, sozialistische Wirtschaft.

Fazit

Eine CO_2-Steuer kann höchst unterschiedlich ausgestaltet werden und welche Auswirkungen sie auf die Masse der unteren und mittleren Einkommen hat, wird man erst wissen, wenn konkretere Pläne vorliegen. Man kann davon ausgehen, dass die von der Bundesregierung vorgelegte CO_2-Bepreisung einseitig zu Lasten der Bevölkerung gehen und die Konzerne wieder einmal begünstigen wird. Eine solche Maßnahme lehnen wir ab! Aber selbst eine bestmögliche theoretische CO_2-Steuer, die vielen bei FFF vorschwebt und die untere Einkommen sogar belohnen könnte, wäre nur ein Tropfen auf den heißen Stein des vom Kapitalismus beschleunigten Klimawandels.

Für die Umweltbewegung ist es dringend notwendig, nicht – wie schon beim Emissionshandel oder der EEG-Umlage – erneut die Illusion einer „marktkonformen Lösung" des Klimawandels unter einem „grünen Kapitalismus" zur Perspektive zu machen und damit weitere Jahre zu verlieren. Wir müssen ein dringendes Umsteuern erzwingen, das zu Lasten der Konzerne geht und ihre kapitalistische Wirtschaftsordnung in Frage stellt. Das geht nur, indem Umweltbewegte und die Arbeiterklasse sich gegen die Konzerne zusammentun.

« Wir müssen ein dringendes Umsteuern erzwingen, das zu Lasten der Konzerne geht und ihre kapitalistische Wirtschaftsordnung in Frage stellt. »

Referenzen:

Nachzulesen online auf www.sozialismus.click

Osram: Der letzte Ausverkauf?

Vor 40 Jahren hat sich Siemens von dem Beleuchtungskonzern Osram getrennt und diesen in eine hundertprozentige Tochtergesell-schaft umgewandelt.

Bei einer solchen Ausgliederung von Unternehmensteilen werden aus einer Belegschaft viele kleinere Belegschaften gemacht. Diese sogenannte Salamitaktik ermöglicht den Unternehmern leichter ArbeiterInnen zu entlassen, denn geteilte Belegschaften lassen sich leichter bekämpfen. In Berlin Spandau waren im Jahr 2003 noch 2200 Osramer beschäftigt, heute sind es nur noch 700. Im Jahr 2016 wurde ein Teil der Lichtproduktion in ein Tochterunternehmen namens Ledvance ausgegliedert.

Nach der Übernahme durch das chinesische Unternehmen MLS gab es im Jahr 2018 massive Stellenstreichungen. Im Jahr der Abspaltung Ledvance, hatte die IG-Metall eine Vereinbarung ausgehandelt, die den Beschäftigten Sicherheit geben sollte. Ledvance entließ aber zwei Jahre später viele Berliner KollegInnen. Die Macht solcher Vereinbarungen ist also gering. In Deutschland spricht man gern vom „angeschlagenen Lichtkonzern“, aber innerhalb eines Jahres haben doch zwei Investoren ihr Interesse an einer kompletten Übernahme von Osram erklärt. Die amerikanischen Hedgefonds Bain Capital und Carlyle fingen im April an. Das deutsche Versicherungsunternehmen Allianz, welches 9% der Anteile an Osram hält, wies das Angebot allerdings zurück. Mitte August folgte ein Angebot des österreichischen Halbleiterkonzern AMS über eine Höhe von 4,3 Milliarden Euro, welches 10% höher liegt als das Angebot von Bain Capital und Carlyle. Die Gewerkschaft IG-Metall, die seit zwanzig Jahren jeden Stellenabbau bei Osram verhandelt und unterschrieben hat, ohne Anlass zu einem Streik genommen zu haben, stellte im Juli fest, dass Osram „ein attraktives Ziel“ sei. Die IG-Metall habe keinen Zweifel daran „Mitsprache bei der zukünftigen Ausrichtung von Osram zu haben“. Seit über 20 Jahren gibt es bei Osram einen stetigen Stellenabbau und steigende Arbeitsbelastung, trotz unzähliger Zugeständnisse seitens der Gewerkschaft und des Betriebsrates.

Egal welcher Investor kommt, solange, auch über das Berliner Werk hinaus, kein Widerstand gegen Stellenabbau organisiert wird, wird der Arbeitsplatzabbau weitergehen.

« ... denn geteilte Belegschaften lassen sich leichter bekämpfen. »

Arbeiten und Kämpfen bei Gillette

In Berlin Tempelhof produziert Gillette mit 800 MitarbeiterInnen rund um die Uhr mehrere Milliarden Rasierklingen im Jahr. Die Maschinen ruhen nur am Wochenende und wir ArbeiterInnen arbeiten in drei Schichten (früh, spät, nacht), um das Maximum für die GroßaktionärInnen von P&G, zu dem Gillette gehört, rauszuholen. In den Produktionshallen ist es laut, wir müssen Gehörschutz tragen und im Sommer steigt zwischen den Maschinen die Temperatur auf über 30 Grad. Die jahrelange Schichtarbeit zerstört den Schlafrhythmus von vielen ArbeiterInnen und senkt die Lebenserwartung deutlich. Seit Jahren werden unsere Arbeitsbedingungen immer schlechter, obwohl das Unternehmen Milliarden Gewinne schreibt (P&G 9,8 Milliarden Dollar im Jahr 2018) und jährlich eine hohe Dividende an die AktionärInnen auszahlt. In den letzten Jahren wurden immer wieder Arbeitsplätze abgebaut und viele befristete KollegInnen haben ihre Arbeit verloren. Gleichzeitig versucht Gillette, die übrige Belegschaft immer länger arbeiten zu lassen. Auf der einen Seite werden also Leute rausgeschmissen, auf der anderen sollen nun die anderen regelmäßig am Wochenende kommen. Was für uns ArbeiterInnen nur schlecht sein kann, verschafft den Großaktionären satte Gewinne. Die Werksleitung erpresst die Belegschaft und den Betriebsrat, indem sie mit weiterem Arbeitsplatzabbau drohen, sollten wir nicht am Wochenende arbeiten. Das Schlimme ist, dass sich Gewerkschaft und Betriebsrat fast immer auf die Erpressungen der Unternehmensleitung einlassen. Sie folgen damit der Logik, dass ihr Standort verteidigt werden müsse. Um dies zu erreichen, müssten Zugeständnisse gemacht werden. Für uns ArbeiterInnen heißt das in der Realität, dass wir immer öfter am Samstag arbeiten müssen und kaum noch Zeit für Familie und Freunde haben. Was gut für den „Standort“ ist, ist fast immer schlecht für uns ArbeiterInnen. Natürlich lassen wir uns nicht alles einfach so gefallen. Es gibt immer wieder KollegInnen, die sich krankschreiben lassen, um dadurch freie Zeit zu bekommen. Aber es bleibt meistens dabei, dass einzelne ArbeiterInnen zum Arzt gehen und es gibt keine gemeinsamen Aktionen der Belegschaft, um der Geschäftsleitung zu zeigen, dass wir arbeiten um zu leben und nicht leben um zu arbeiten.

> « Seit Jahren werden unsere Arbeitsbedingungen immer schlechter, obwohl das Unternehmen Milliarden Gewinne schreibt. »

Uniklinik Düsseldorf: Wenn 115 = 4 ergibt.

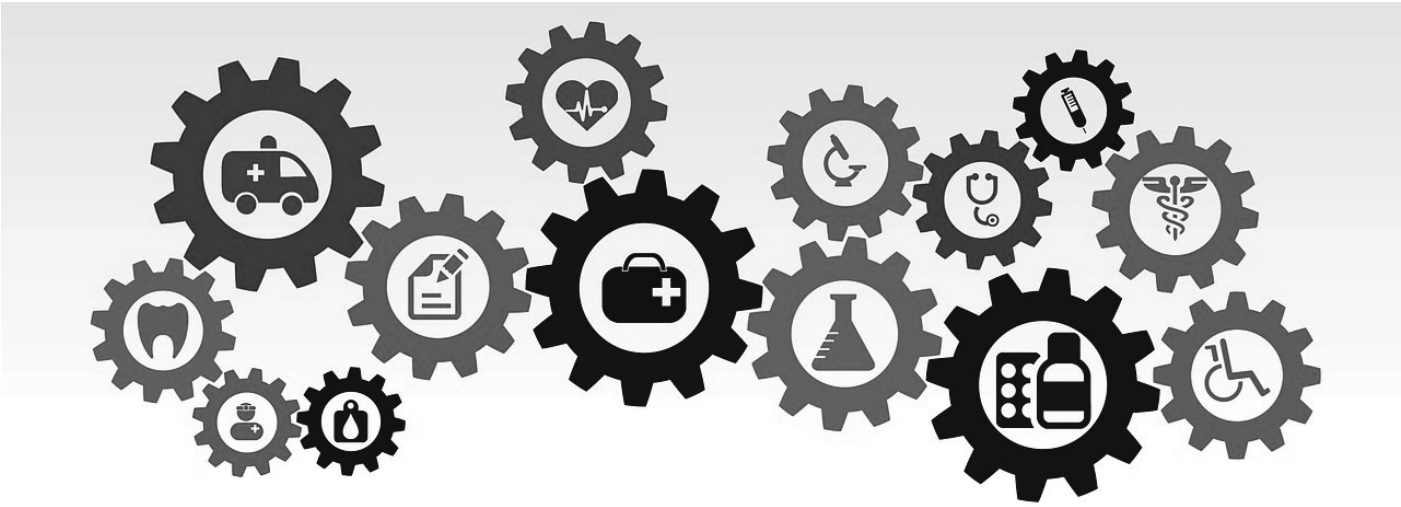
Vor einem Jahr endeten die wochenlangen Streiks an den Unikliniken in Essen und Düsseldorf. Gekämpft wurde für einen Tarifvertrag Entlastung, um die krassen Arbeitsbedingungen, die Ausbeutung der Auszubildenden als Lückenfüller und letztlich auch die Arbeitsbedingungen in den damals tariffreien drei Tochtergesellschaften zu verbessern. Die Kampfbereitschaft der Streikenden und der aktive Kampf um die Unterstützung von anderen Menschen in der Stadt haben dazu geführt, dass der Klinikvorstand schließlich ein Schlichtungsergebnis akzeptieren musste, das viele Zugeständnisse enthielt. So wurde im Prinzip durchgesetzt, dass nachts auf jeder Station mindestens zwei KollegInnen arbeiten und die PflegeschülerInnen aus dem normalen Dienstplan herausgenommen wurden, damit diese wirklich ausgebildet werden können.

Gleichzeitig aber zeigt sich, dass der Vorstand zentrale Versprechen nicht eingehalten hat und in täglichen Kleinkriegen versucht, die Zugeständnisse des letzten Sommers zurückzunehmen. Die Besetzung mit zwei KollegInnen pro Nacht zum Beispiel wird in manchen Abteilungen oft nicht eingehalten oder sogar verweigert. In der Ausbildung zum MRTA, aber auch in anderen Pflegebereichen, wird die Arbeit unter Anleitung immer wieder verweigert.

« Die Besetzung mit zwei KollegInnen pro Nacht zum Beispiel wird in manchen Abteilungen oft nicht eingehalten oder sogar verweigert. »

Auch weigert sich der Vorstand den Personalrat automatisch über Unterbesetzungen zu informieren, wie das am Uniklikum Essen durchgesetzt wurde. So müssen die KollegInnen immer zwei Anzeigen formulieren – eine im System an den Vorstand, eine zur Info an den Personalrat. Außerdem hat der Vorstand die Einführung verbindlicher Personalbemessungsverfahren so lange verzögert, dass deren zugesagte Einführung zum 30. September kaum noch zu schaffen ist. Während die zugesagten 40 Stellen außerhalb der Pflege bis auf wenige alle besetzt sind, arbeiten in der Pflege statt den bis zum 30.06.2019 versprochenen 115 neuen KollegInnen... nur vier KollegInnen mehr! Bis Ende Oktober sollen es nochmal 65 Stellen mehr werden, die der Vorstand nicht besetzten kann. Auch wenn er sich für seine Werbetouren in Rumänien oder Kolumbien feiert – bei letzterer merkte er erst nach zwei Monaten, dass für die neuen KollegInnen notwendige Arbeitsgenehmigungen fehlten – die Arbeitsbedingungen insgesamt führen weiter dazu, dass viele KollegInnen das Haus erschöpft, entnervt und auf der Suche nach besseren Bedingungen verlassen. Noch immer sind sogar die Angebote von Leiharbeitsfirmen attraktiver, als die Beschäftigung im Haus selbst, auch wenn die KollegInnen nach dem Wechsel bisweilen auf ihrem alten Arbeitsplatz weiterarbeiten.

Offensichtlich wird es Zeit den Vorstand mit weiteren Streiks dazu zu zwingen, seine Versprechen einzuhalten.



Pflegeproteste im Wiener KAV

Im öffentlichen Krankenanstaltenverbund (KAV), in dem ca. 14.000 Pflegekräfte arbeiten, gibt es seit 1.1.2018 ein neues Gehaltsschema – allerdings nur für neue MitarbeiterInnen. Anders als zu erwarten, verdienen diese bei den Einstiegsgehältern wesentlich mehr als die KollegInnen, die vor 2018 eingetreten sind. In Spezialbereichen des Krankenhauses könnte abhängig von der genauen Position einer Beschäftigten die Lebensverdienstsumme neuer Kräfte bis zu 200.000 Euro höher sein; für den normalen Pflegebereich ist es weniger, aber die Differenz ist immer noch deutlich.

Die erfahrenen MitarbeiterInnen, die ohnehin wegen der Arbeitsbedingungen sauer sind, fühlen sich übergangen und haben sich eigenständig organisiert. Seit einem ersten Treffen im März 2019 wurden über 10.000 Unterschriften gesammelt und dem Wiener Gemeinderat übergeben, um den Umstieg in das neue Gehaltsschema zu ermöglichen. KollegInnen sind durch die Stationen gezogen, haben informiert und sich vernetzt. Mehrere Kundgebungen und Demonstrationen mit bis zu 1000 TeilnehmerInnen wurden von PflegerInnen selbst organisiert. Sie fordern nicht nur "Gleichen Lohn für gleiche Arbeit", sondern auch mehr Personal, Altersteilzeit und besseres Arbeitsmaterial. Die sozialdemokratisch dominierte Gewerkschaft, die für den Missstand mitverantwortlich ist, distanziert sich von den Protesten und beruft sich auf sozialpartnerschaftliche Verhandlungen.

Tatsächlich sind Gewerkschaft und rot-grüne Stadtregierung unter Druck geraten und ein Entgegenkommen kündigt sich an. Die PflegerInnen organisieren sich aber weiterhin in Krankenhausgruppen und bereiten für Ende September eine Demonstration vor, die besonders den gravierenden Personalmangel ins Zentrum stellen wird.

Kostenlos? Für alle!

Ab Januar 2020 können aktive Soldaten der Bundeswehr alle Züge der Deutschen Bahn für dienstliche und private Fahrten kostenfrei nutzen. Das wird die DB hauptsächlich auf eigene Kosten tragen. Verkehrsminister Scheuer nannte das ein *„Herzensanliegen"*. DB-Chef Lutz sprach von einem *„starken Zeichen der Wertschätzung"*. Und was ist mit dem Rest der Bevölkerung? Die, die jeden Tag ackern und die Gesellschaft am Laufen halten? Die Lokführer der DB zum Beispiel haben Sperrlisten für viele Züge (vor allem die beliebten Zugverbindungen) und eine Beschränkung auf 16 Freifahrten im Jahr, für die sie auch noch den Steueranteil zahlen müssen. Für die Bahner gibt es als Wertschätzung immer nur warme Worte, für Krieg echte Freifahrten… Wie wäre es denn damit, dass *alle* kostenlos fahren könnten? Das wär' eine Maßnahme zur Entlastung unserer aller Geldbeutel, ganz im Sinne des Kampfes gegen die Klimakatastrophe und gerecht wäre es auch (oder ist eine Krankenschwester weniger „wert"?). Das nötige Geld für so eine „Herzensangelegenheit" wie kostenlose Bahnfahrten lässt sich sicher beim Bundeswehretat und den zahlreichen Subventionen und sonstigen Hilfen für die Wirtschaft finden.

« Wie wäre es denn damit, dass *alle* kostenlos fahren könnten? »

Österreich: Kapitalismus als legale Korruption

Kaum jemand wundert sich mehr. Parteien werden von Unternehmen und Reichen gesponsert, damit diese für sie Politik machen. Die Parteien wollen ihre Finanzen nicht offenlegen, Daten werden heimlich geschreddert. Trotzdem wurde zuletzt immer deutlicher, dass die österreichischen PolitikerInnen die Handlanger der Konzerne sind. In wessen Interesse wird Politik gemacht? Für die ArbeiterInnen, für die Armen, für die kleinen Leute? Wohl nicht.

Novomatik

In Ibiza sagt HC Strache „Novomatic zahlt alle“. Dazu passen die neuesten Vorwürfe, wonach Novomatic einen FPÖ-Funktionär zum Casinos Austria Finanzchef gemacht hat – mit der Aussicht, dafür neue Spiellizenzen zu bekommen. Aber auch der mächtige ÖVPler Erwin Pröll soll in der Vergangenheit bei der Regierung interveniert haben, damit Novomatic die Zusagen für neue Casinos bekommt. Der ehemalige SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer war Berater des Glücksspielkonzerns, die ehemalige Grünen-Chefin Glawischnig ist direkt von der Politik zu Novomatic gewechselt.

KTM und Porr

KTM-Chef Pierer hat über 430.000 Euro an Kurz gespendet. Allein durch die Reduzierung der Unfallversicherungsbeiträge hat das Pierer-Unternehmen mehr Geld zurückbekommen. Zusätzlich fördert das Land Oberösterreich KTM für den Bau der KTM-Motohall noch mit 1,8 Millionen Euro aus der Kulturförderung, also mit Steuergeldern. Für KTM zahlen sich die Spenden jedenfalls aus.

Porr-Großaktionär Ortner hat in den letzten Jahren über eine Million Euro für Kurz gespendet. Er gehört der sogenannten „Tiroler Adlerrunde“ an, die sich unter anderem die Einführung des 12-Stunden-Tags/60-Stunden-Woche gewünscht hat. Gesagt, getan. Mittlerweile wird bereits in einem Drittel der Unternehmen die Arbeitszeit ausgeweitet.

Politik für die Reichen

Die Politik wird für die Reichen und Unternehmen gemacht. Diese können sie sich kaufen, die Kosten lassen sie sich dann rückerstatten. Sind nun alle PolitikerInnen korrumpiert? Wahrscheinlich nicht alle. Die ÖVP und die NEOS stehen offen dazu, auf der Seite der „Wirtschaft“, also gegen die ArbeiterInnen, zu sein. Die FPÖ spaltet mit ihrer Hetze gegen zugewanderte ArbeiterInnen und erleichtert es den Unternehmen, ihre Interessen durchzusetzen. Es mag aber auch ehrliche PolitikerInnen geben, die unter dem Druck ihrer ParteikollegInnen, von LobbyistInnen und sogenannten „Sachzwängen“ aufgeben.

> « Wir können nicht darauf hoffen, dass irgendwelche kapitalistischen PolitikerInnen ihr Herz für die Arbeitenden entdecken. »

Im Kapitalismus sitzen die Bosse meist am längeren Hebel. Sie haben das Kapital und das Gesetz ist für sie ausgelegt. Und sie haben sich ein System geschaffen, in dem sie sich immer auf die Konkurrenz zu anderen (ausländischen) Unternehmen herausreden können, wenn sie weniger Steuern oder niedrigere Löhne zahlen wollen.

Politik von ArbeiterInnen

Wir können nicht darauf hoffen, dass irgendwelche kapitalistischen PolitikerInnen ihr Herz für die Arbeitenden entdecken. Selbst wenn, könnten sie nichts ändern. Die Arbeitenden müssen die Sache selbst in die Hand nehmen.

Alle Errungenschaften aus der Vergangenheit, wie die Sozialversicherung, bezahlter Urlaub, oder das Pflegegeld, selbst das allgemeine Wahlrecht wurden durch Bewegungen der ArbeiterInnen erkämpft. Auch heute bekom-

men wir nichts geschenkt, nur gemeinsam können wir Angriffe auf unseren Lebensstandard abwehren und Verbesserungen erkämpfen.

Dafür wird es auch eine neue ArbeiterInnenpartei brauchen. Eine in der die PolitikerInnen von der Basis gewählt und abgewählt werden können. In der die Funktionäre nicht mehr verdienen als normale ArbeiterInnen. Und deren Arbeit ein Teil des Kampfes gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem und für eine solidarische Gesellschaft ist, die nach Bedürfnissen statt nach Profiten funktioniert.

BUCHREZENSION

Rezension Sibylle Berg: GRM – Brainfuck

Im Frühjahr erschien Sibylle Bergs neuer Roman „GRM“. Die Autorin, die auch regelmäßig als bissige Kommentatorin auf Spiegel Online den Abbau demokratischer Rechte durch die herrschende Politik kritisiert, erzählt darin die Geschichte von vier Jugendlichen aus der prekarisierten ArbeiterInnenklasse in Nordengland in einer nahen Zukunft. Vom Kontrollinteresse gegenüber der Bevölkerung getrieben, durch den Brexit verschärft und gleichgültig gegenüber der immer krasseren Armut und Perspektivlosigkeit, wandelt sich Großbritannien in einen totalen digitalen Überwachungsstaat.

Berg geht es dabei nicht um echte Charaktere, mit denen man sich identifizieren kann. Dementsprechend absurd sind auch die meisten Personen im Roman. Die Oberschicht wird als emotional verkümmerte Gruppe von allein machtbesessenen Sexualstraftätern dargestellt.

Das ist nicht nur unnötig platt, es zeichnet auch ein falsches Bild von den Motiven und Denkweisen der Eliten. Umgekehrt hat die Autorin für die ArbeiterInnenklasse allenfalls Mitleid. Ob es der Selbsthass ihrer Charaktere oder ihre eigene bildungsbürgerliche Arroganz gegenüber den Arbeitenden ist, der aus ihren Sätzen spricht, wird nicht immer klar. Jedenfalls stammt ein Gutteil der niederschmetternden Perspektivlosigkeit des Romans aus ihrem völlig fehlenden Verständnis für die Möglichkeiten der Arbeitenden, die Welt zu ändern. Orwells Buch „1984“ war nicht weniger niederschmetternd, aber immerhin wusste er: „wenn die Welt zu ändern ist, dann nur durch die ArbeiterInnen“.

Und doch ist es lesenswert! Wenn das Buch auch viele bekannte Elemente einer negativen Utopie, wie man sie aus anderen Büchern oder Filmen kennt, enthält, so erschreckt doch die Tatsache, dass fast alle beschriebenen Überwachungs- und Kontrollmethoden bereits heute eingesetzt werden. Die Menschen lassen sich Chips einpflanzen, was real z.B. in Schweden bereits geschieht. Die Abhängigkeit vom Smartphone und die bereitwillige Abgabe von Daten in Sozialen Medien oder die weitgehend flächendeckende Videoüberwachung sind ebenso unsere gegenwärtige Wirklichkeit wie die Gesichtserkennung und ein System von Sozialpunkten für „Wohlverhalten“ heute in China. Die Kombination all dessen in einem Land, das uns so nah ist, erschreckt aber doch und zeigt, über welche mächtigen Waffen die Herrschenden zur Kontrolle der wachsenden Armut und der Folgen des Klimawandels bereits heute verfügen. Es wird Zeit, dass wir ihnen diese Waffen aus den Händen nehmen!

> « Orwells Buch „1984“ war nicht weniger niederschmetternd »

VERANSTALTUNGEN

05.09.2019 - Düsseldorf	17.09.2019 - Berlin	26.09.2019 - Düsseldorf
Der Mensch - zu egoistisch für eine solidarische Gesellschaft? 19.00 Uhr im Café Solaris, Kopernikusstr. 53	**Streiks und Gewerkschaften** Die Falken - Bülowladen, Bülowstraße 39 18.00 - 19.30 Uhr	**Nachdem Klimastreik am 20 .09. - wo steht Fridays for Future?** 19.00 Uhr im Café Solaris, Kopernikusstr. 53
12.09.2019 - Düsseldorf	**19.09.2019 - Düsseldorf**	**01.10.2019 - Berlin**
Das Spiel mit dem Feuer - Kriegsgefahr im Nahen Osten 19.00 Uhr im Café Solaris, Kopernikusstr. 53	**Woher kommt eigentlich der Kapitalismus?** 19.00 Uhr im Café Solaris, Kopernikusstr. 53	**Klimakabinett - alles nur heiße Luft?** Die Falken - Bülowladen, Bülowstraße 39 18.00 - 19.30 Uhr
17.09.2019 - Wien	**24.09.2019 - Wien**	**01.10.2019 - Wien**
Revolte in Hongkong 19.00 Uhr im Amerlinghaus, Stiftgasse 8	**Beteiligung an der Pflegedemo für gleichen Lohn und mehr Personal** Treffpunkt: Spitalgasse 23 16.00 Uhr	**Nach den Wahlen und jetzt? Wahlergebnisse, Perspektiven, Skandale** 19.00 Uhr im Amerlinghaus, Stiftgasse 8

WER WIR SIND UNS WAS WIR WOLLEN

Die Welt, in der wir heute leben, bietet enorme Möglichkeiten: Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung aller technischen Möglichkeiten sowie des gesamten menschlichen Wissens kann allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern. Doch Sozialabbau, schlechter werdende Arbeitsbedingungen, Arbeitslosigkeit und Unternehmerwillkür sind Alltag. Hunger, Krieg und Umweltzerstörung werden von vielen Menschen auf der Welt alltäglich erlebt. Ursache dafür ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Um den verschiedensten Problemen etwas entgegensetzen zu können, müssen wir kämpfen. Streiks und Massenproteste sind die einzigen Mittel, um unsere gemeinsamen Interessen durchzusetzen. Gewerkschaftsführungen und Parteien, wie DIE LINKE oder SPD haben sich diesem notwendigen Kampfprogramm nicht verpflichtet. Auch Probleme wie Rassismus, Frauenunterdrückung und jede andere Art von Diskriminierung müssen wir bekämpfen. Nur die Einheit der verschiedenen unterdrückten Schichten und Gruppen der Arbeiterklasse kann die Mächtigen in ihre Schranken verweisen. Wir müssen uns organisieren und den sozialen Konflikten eine kämpferische Perspektive geben, die keine Grenzen kennt. Zu diesem Zweck müssen wir uns auch international organisieren. Die Arbeiterklasse muss sich eine unabhängige Partei schaffen, um ihre Interessen politisch durchzusetzen.

Es ist längst überfällig, den Kapitalismus zu beseitigen und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, in der die Menschen international und friedlich zusammenarbeiten und in der sowohl Produktion als auch Verteilung der Ressourcen unter demokratischer Kontrolle der Arbeitenden dieser Welt stehen. Hierfür ist eine Revolution der ArbeiterInnen aller Länder nötig. Dafür kämpfen wir!

Die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO) ist eine antikapitalistische Gruppe in der Tradition des Trotzkismus. Wir sind für den Aufbau einer kommunistischen Arbeiterpartei in Deutschland sowie den Aufbau der 4. Internationalen in der Welt.

Ihr erreicht uns in Deutschland unter:

info@sozialismus.click
www.sozialismus.click
+49 176 35253643

Und in Österreich:

rso@sozialismus.net
www.sozialismus.net